

## Protokoll LAK-Sitzung 29.09.2013 im u-asta der Uni Freiburg

Beginn: 12.00 Uhr

TOP1: Begrüßung und Formalia

Jörg stellt Beschlussfähigkeit der Sitzung mit 10 anwesenden Hochschulen fest. Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig verabschiedet.

TOP2: Bericht aus dem Präsidium

Musikhochschulen stehen durch aktuelle Entwicklungen in Bedrängnis. Offener Brief ans Ministerium blieb unbeantwortet. Demonstration vor dem Landtag fand statt mit anschließendem Treffen mit Fr. Bauer. LAK-Präsidium erhielt Einladung zu Treffen mit Wissenschaftsausschuss. Nach der Demo gab Winfried Kretschmann Statement zu Budgetkürzungen der Musikhochschulen ab. Weitere Treffen mit Musikhochschulen sollen stattfinden. Am 16.10. findet eine Anhörung der Musikhochschulen statt, auf der jedoch nur ein Vertreter sprechen darf.

Edith Sitzmann sprach sich in einem Interview für Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer aus, auf die die LAK mit einer kritischen PM reagierte.

Anfrage von Ben vom Campus Grün zu gemeinsamer PM wurde abgelehnt, da es sich um eine politische Gruppe handelt und die LAK politisch neutral agiert.

Jörg regt Diskussion über Verhalten der LAK bei solchen Anfragen an.

Jörg fand heraus, dass ein Bachelor als allgemeine Hochschulreife gilt.

LHG-Novelle legt landesweite Studierendenvertretung als öffentlich-rechtliche, aber nicht rechtsfähige Körperschaft fest. Eine Vereinsgründung oder andere wichtige Tätigkeiten zur Vertretung der Studierendenschaften werden damit ausgeschlossen.

LAK organisierte Kommissionen zu Landeslehrpreis und studentischem Sonderpreis und forderte einen Sonderpreis pro Hochschulart. Präsidium lobt das Engagement der Studierenden für den Preis.

Präsidium stellte Positionspapier zum StWG beim MWK vor. Die Vorschläge stießen auf Ablehnung und sind im Wesentlichen auch im LHG-Novellenentwurf nicht umgesetzt worden.

**TODO: Öffnung der Hochschulen (evtl. bei TOP LHG)**

LAK organisierte Reallabore, die auf geringes Interesse die Studierendenschaften stieß.

Neue Verteiler wurden eingerichtet, die über ein Webformular abonniert werden können. Verteiler müssen teilweise noch freigeschaltet werden.

Haushaltsrechtsschulung ist in Planung, verschiedene Referenten von Behörden kommen. Schulung soll Anfang November stattfinden.

LAK erhielt vom Finanzamt Aufforderung, für letztes Jahr eine Steuererklärung einzureichen. Präsidium würde eine solche Steuererklärung anfertigen, dies stößt auf Zustimmung.

Sebastian stellt Finanzworkshop des fzs vor.

**TODO: LHG-Novelle Haftpflicht + Ausnahmegenehmigung Finanzamt**

Jörg sendet Musterschreiben für eine Ausnahmegenehmigung für Haftpflichtversicherung über LAK-Verteiler.

Stellungnahme zu Regioworkshops wurde ans MWK geschickt.

TOP3: Rundgang der Hochschulen

DHBW: gestern AStA-Wahl, StuPa-Wahl am 26. Nov. + Konstituierung danach. Am 2. Nov. standortübergreifendes Fußballturnier. Auftaktveranstaltung zu Organspende. Mitvorsitzende waren bei Reallaboren dabei, spannende Berichte über studentisches Engagement zu Flussbetten wurden nur spärlich besucht.

Uni HD: Arbeit an Finanz- und Geschäftsordnung, damit Studis nicht halb rückgemeldet sind. Streit mit Rektorat über QSM. Schlichter nicht von den Studenten akzeptiert. Arbeit mit fzs zu Stellungnahme zu Raumproblemen an der Uni. Raumprobleme sind fachspezifisch. Keine Gespräche mit Ministerium.

Uni Stuttgart: Bemühungen für Erstis laufen, Beiträge sind eingezogen, Haushaltsplan und Finanzordnung fast fertig.

Uni MA: VS-Wahl wurde verschoben, da Erstis nicht im Wählerverzeichnis registriert. Überlegung, Beiträge erst im WS 14 einzuziehen, rechtliche Ausforschung läuft. Weihnachtsgeld für HiWis wurde im Rahmen der Gehaltserhöhung gestrichen.

Hochschule der Medien Stuttgart: Gebühren werden nächstes Semester eingezogen, Frage nach Höhe der Gebühren. Jörg rechtfertigt 19€ in Offenburg mit Kosten für Hochschulsport und Geschäftsstelle. Sebastian erklärt, dass Uni für die Einziehung der Gebühren verantwortlich ist. Jörg nennt typische Kostenpunkte für Studierendenschaften wie IT, Personalkosten und Hochschulsport. Unklar: Versicherungen, Rechtsberatung, Fahrtkosten/Exkursionszuschüsse. Sophia erklärt Aufschlüsselung der Kosten in der Gebührenordnung.

Uni Freiburg: Übermorgen erste StuRa-Sitzung, wichtige Gremien werden gewählt, Referate werden eingerichtet. Finanz- und Beitragsordnung muss bis 15. Okt. bei Rektorat eingereicht sein. Klausurtagung über kommende Senatsthemen fand statt. Themen wie Zivilklausel und BehindertenbeauftragteR sollen angesprochen werden. Aktionstage zu Wohnen und Wagenplätzen fanden statt. Studierendenschaft überlegt sich Reaktion zu Festnahme von Nazis, die sich im Besitz von Sprengstoff befanden.

HS Offenburg: VS wurde eingeführt, StuPa muss sich noch treffen und AStA + Referate wählen und strukturieren. Aufräumaktion wurde anberaumt.

MH Trossingen: Familiäre Verhältnisse an der Hochschule, VS seit Juni im Amt. Es werden keine Gebühren eingezogen, da vom Rektorat gewährtes Budget für Aufgaben reicht. Finanzielle Verhältnisse und Sportangebote hervorragend. Unterschriften für Petition zum Erhalt der Hochschule wurden gesammelt. Schließung der Hochschule droht.

MH Mannheim: VS nicht sehr weit, alter AStA hatte sich die Einführung vorgenommen. Keine Gebühren vorgesehen. Situation ähnlich zu Trossingen, Kampf gegen Verkleinerung der Hochschule sehr aufwändig.

KIT: VS-Einführung geht voran, Arbeit an Finanz- und Beitragsordnung. AStA-Wahlen Ende Oktober bedeuten Konstituierung. Notunterkünfte werden eingerichtet. Leitbildprozess im Gange, Beteiligung der Studierenden unklar.

PH Karlsruhe: VS-Einführung fast fertig, Unterorgane müssen noch konstituiert werden. Erste Rollstuhlfahrerin an der Uni bedingt Überprüfung der Gebäude auf Barrierefreiheit.

TOP4: Bericht der Arbeitskreise (Semesterticket, Lehramt)

Semesterticket: keine Fortschritte über die Sommermonate, neuer Termin mit Nahverkehrsgesellschaft BW anberaumt.

Lehramt: PM sollte verschickt werden. Präsidium erhielt Papier über Eckbeschlüsse der Lehramtsreform von SPD- und Grünenfraktion. Umstellung auf BaMa soll beibehalten werden. Grundschullehramtsstudiengänge sollen von acht auf zehn Semester verlängert werden (Grüne) oder nicht (SPD). Sonderpädagogik als Studienfach soll erhalten bleiben. Absolventen der verschiedenen Studiengänge sollen gleich besoldet werden (Grüne) oder nicht (SPD).

**TODO: PM über Verteiler schicken + nach Abstimmung an MWK**

TOP5: Satzungsänderungen

- 1) Satzung: „begreift sich als Interessenvertretung“ und „wir setzen uns für die Einführung der VS ein“, sollen geändert werden.
- 2) Satzung: „LAK vertritt staatlich anerkannte Hochschulen“, würde implizieren, dass staatliche Hochschulen nicht Mitglied der LAK sind. Satzung soll dahingehend geändert werden.
- 3) Datum am Ende soll korrigiert werden.

Satzung für die Verfasste LaStuVe soll in einem Workshop erarbeitet werden.

Änderungsantrag 1 mit 10/0/0 angenommen.

Änderungsantrag 2 mit 9/0/1 angenommen.

TOP6: Bericht der Workshops

Wahlssysteme: Theoretische Grundlagen und Vorstellung von verschiedenen Wahlverfahren, insbesondere des Schulze-Verfahrens. Bericht über Implementierung in der GO der Uni Freiburg. DHBW berichtet über Ablehnung von digitalen Wahlverfahren seitens des Ministeriums.

LHG-Novelle StWG: Gemachte Vorschläge wurden kaum umgesetzt. Ausnahmen sind, dass die Wahl der studentischen Vertreter im Verwaltungsrat durch die VS stattfindet und dass die Amtszeiten an die

Semesterzeiten angepasst werden.

Präsidium will PM zu Entwurf zu Gesetzesänderungsvorschlag des Hochschulgesetzes schreiben und über den Verteiler schicken, diese soll am 8.10. direkt nach der Veröffentlichung des Entwurfs zur Gesetzesänderung veröffentlicht werden.

LHG-Novelle Gebührenordnung: Weiterbildende Bachelorstudiengänge können gebührenbehaftet sein, Hochschulen *können* für Sprachkurse Geld verlangen und *müssen* dies für den sonstigen Bereich. Rumfragen über Kosten für Sprachkurse. Viele Hochschulen bieten kostenlose Kurse an, zahlreiche spezifische Regelungen.

HS müssen Gebühren für Eignungsprüfungen erheben. Höhe ist unklar, bisher war max. 80€.

HS müssen Gebühren für Studierfähigkeitsprüfungen und Auswahlgespräche bis zu 100€ erheben. Betrag wird vermutlich ausgereizt werden. Präsidium sieht Schaffung von Zugangshürden, gerade für sozial Schwache und beobachtet einen Rückzug des Landes aus der Hochschulfinanzierung.

Präsidium sieht eine Stärkung des MWK im Entwurf zur Gesetzesänderung der Hochschulgesetze.

LHG-Novelle Chancengleichheit: Gleichstellungsbeauftragte soll über die Hochschule bezahlt werden, genau wie bauliche Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit. Ein Fördertopf wird nicht eingerichtet. Bezahlung und Aufgabenverteilung liegt gleichermaßen bei Institution, was kritisiert wird. MWK hält sich Option zur Festlegung der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Strukturpläne vor.

Promovierende sind in Zukunft nicht mehr Studierende, eine Übergangsregelung für studentische Senatoren existiert.

TOP7: Musikhochschulen

Bericht von der Demo vor dem Landtag. Präsidium erklärt sich solidarisch mit Musikhochschulen. Nächste Treffen sollen auch bei anderen Hochschulrektoren beworben werden. Rektoren sind vermutlich über Sparabsichten der Landesregierung im Bilde. Entsolidarisierung unter den Hochschularten wird kritisch gesehen. Aktive Studierende in den Musikhochschulen sind an der Belastungsgrenze, Empfehlung, auf jeden Fall zu Ministerium und Fraktionen zu gehen und andere Termine mit Gruppierungen nur wahrnehmen, wenn Ressourcen verfügbar sind.

Mannheim weist auf begrenzte Möglichkeiten der Studierendenschaft und breite Unterstützung in der Bevölkerung hin, sowie auf Beteiligungsmöglichkeiten für Studierenden von anderen Hochschulen.

Empfehlung, Studierendenschaften in ganz BW um Soli-Bekundungen zu bitten.

Diskussion über FRIAS-Projekt, Empfehlung, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Jörg stellt den Antrag, den TOP 8: Wahlen vorzuziehen. Der Vorschlag wird per Akklamation angenommen.

**TODO: Soli-Bekundungen über Verteiler**

MH Trossingen und Uni Mannheim verlassen die Sitzung.

TOP9: Wahlen

Wahlausschuss wird per Akklamation angenommen.

BewerberInnen: Sophia aus Karlsruhe, Johannes aus Stuttgart, Jörg aus Offenburg.

Die BewerberInnen stellen sich der Reihe nach vor und antworten auf Fragen aus dem Plenum.

Jörg wird mit 8/0/0 Stimmen, Sophia mit 6/0/2 und Johannes mit 5/0/3 Stimmen bei 8 anwesenden

Hochschulen gewählt. Die Kandidaten haben selbst nicht aktiv an den Wahlen teilgenommen. Alle zur Wahl stehenden nehmen die Wahl an.

Uni Stuttgart verlässt die Sitzung.

Kassenrevisionsausschuss wird von Anne (Uni Freiburg) und Sebastian (Uni Heidelberg) wahrgenommen, die mit 6/0/1 gewählt werden.

Jörg stellt den GO-Antrag auf Vertagung der Wahl der/des Finanzreferent/in. Der Antrag wird mit 13/0/3 angenommen (bei GO-Anträgen sind alle Anwesenden stimmberechtigt).

Jörg stellt fest, dass keine Rückmeldung auf den Aufruf zur Kandidatur für den fzs-Beauftragten kam. Die Rolle des fzs wird erklärt.

Sebastian kandidiert spontan und wird mit 5/0/2 zum fzs-Beauftragten gewählt.

TOP8: Studiengebühren

Es gibt Pläne seitens der Grünen-Fraktion, Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einzuführen. Das Präsidium befürchtet langfristig eine Wiedereinführung der allgemeinen Studiengebühren in BaWü und will über weitere Entwicklungen informieren. Eine kurzfristig zusammengestellte PM des Präsidiums über die Studiengebühren stieß nicht überall auf Zustimmung. Das Präsidium hätte lieber eine längere Bearbeitungszeit als zwei Stunden gehabt, jedoch stand es seitens der Presse unter Druck.

TOP10: Sonstiges

Sebastian weist auf Sitzung des AS der fzs in Heidelberg am 4. und 5. 10. hin.

Sophia will PM zu Lehramtsreform hinsichtlich den Positionspapieren von SPD- und Grünen-Fraktion überarbeiten und über den Verteiler schicken. Bis 10.10. besteht die Möglichkeit, Änderungswünsche einzubringen.

Kristina weist auf das Thema Internationalisierung der DHBW hin: Studierende im Ausland, die dort keine Studiengebühren zahlen, sollen an der DHBW Gebühren bezahlen. Anderen Hochschulen sind keine ähnlichen Zustände und Diskussionen bekannt. Das Präsidium empfiehlt der DHBW eine Stellungnahme.

Ende der Sitzung um 18.17 Uhr.

Anhang: Änderungsanträge

Änderungsantrag 1:

Ersetze in **Präambel** in Satz 1 „begreift sich“ durch „ist die“ und streiche in **Satz 2**: „Sie setzt sich für die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaften mit politischem Mandat als einzige legitime Organisationsform der baden-württembergischen Studierenden ein.“

Begründung: Da die Einführung der Verfassten Studierendenschaft nun im LHG festgeschrieben, ist der zweite Satz überflüssig.

Änderungsantrag 2:

Füge in **§ 2 Mitgliedschaft** Abs 1 in Satz 1 vor den Worten „der staatlich anerkannten“ die Worte „der staatlichen und“ ein.

Begründung: Das LHG kennt erstens staatliche Hochschulen und zweitens staatlich anerkannte Hochschulen. Zur zweiten Gruppe gehören nur private und kirchliche Hochschulen, weshalb die staatlichen Hochschulen ergänzt werden müssen.